Satzung

der rechtsfähigen Stiftung mit dem Namen

Stiftung ZENIT mit Sitz in Gärtringen

I.

Name, Sitz, Rechtsform, Zweck und Vermögen der Stiftung

§ 1

Name, Sitz und Rechtsform

1. Die Stiftung führt den Namen:

Stiftung ZENIT.

ZENIT bedeutet: Zentrum für Eingliederung, Nachteilsausgleich, Integration und Teilhabe.

2. Die Stiftung hat ihren Sitz in Gärtringen.
3. Die Stiftung ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Mit Eintragung in das beim Bundesamt für Justiz geführte Stiftungsregister führt sie die Abkürzung „e. S.“.
4. Alle Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

§ 2

Zwecke der Stiftung

1. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und teilweise auch unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO). Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

2. Zwecke der Stiftung sind:
 - a) die Förderung mildtätiger Zwecke durch die Unterstützung von im Sinne des § 53 Ziffer 1 und 2 AO hilfebedürftigen Personen;
 - b) die Förderung des Wohlfahrtswesens;
 - c) die Förderung der Kultur;
 - d) die Förderung der Hilfe für Menschen mit Behinderung und Nachteilen;
 - e) die Förderung der Erziehung, Volk- und Berufsbildung;
 - f) die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten der vorstehend genannten gemeinnützigen und mildtätigen Zwecke einschließlich der Teilhabe am kulturellen Leben der Gesellschaft.
3. Die Zwecke der Stiftung werden insbesondere verwirklicht durch die wirtschaftliche und soziale Integration benachteiligter Menschen. Dazu gehören vor allem die berufliche Qualifizierung, die Förderung ehrenamtlicher Hilfen und der Aufbau gemeindeintegrierter Netzwerke sowie die Durchführung und Unterstützung von Projekten zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration einschließlich der Teilhabe am kulturellen Leben der Gesellschaft. Zudem führt die Stiftung Bildungsveranstaltungen aller Art durch.
4. Ferner werden die Zwecke der Stiftung verwirklicht durch die Zuwendung von Mitteln an andere wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigte Körperschaften, insbesondere an die Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW) mit Sitz in Sindelfingen (Amtsgericht Stuttgart, HRB 240554) sowie an Gesellschaften, an denen die Stiftung und/oder die GWW unmittelbar und/oder mittelbar beteiligt ist, und/oder an juristische Personen des öffentlichen Rechts (Fördertätigkeit i.S. des § 58 Nr. 1 AO).
5. Die Zwecke der Stiftung werden weiterhin verwirklicht durch das Halten und Verwalten von Beteiligungen an wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigten Kapitalgesellschaften, die nach ihrem Gesellschaftsvertrag mindestens einen Zweck verfolgen, der zugleich Satzungszweck der Stiftung ist, insbesondere an der Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW) mit Sitz in Sindelfingen (Amtsgericht Stuttgart, HRB 240554) sowie an Gesellschaften, an denen die Stiftung und/oder die GWW unmittelbar und/oder mittelbar beteiligt ist.
6. Die Stiftung muss in einzelnen Jahren nicht sämtliche Satzungszwecke und

jahresübergreifend nicht jeden Satzungszweck mit der gleichen Intensität verfolgen. Welche Satzungszwecke die Stiftung mit welcher Intensität verfolgt, bestimmen die Stiftungsorgane nach eigenem Ermessen. In der Regel soll jeder Satzungszweck mindestens alle drei Jahre einmal verfolgt werden.⁷ Ein Rechtsanspruch auf Leistungen der Stiftung steht den durch die Stiftung (potenziell) Begünstigten aufgrund dieser Satzung nicht zu und wird auch nicht durch regelmäßige oder wiederholte Leistungen begründet.

8. Die Stiftung darf mit der Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW) mit Sitz in Sindelfingen (Amtsgericht Stuttgart, HRB 240554) sowie mit Gesellschaften, an denen die Stiftung und/oder die GWW unmittelbar und/oder mittelbar beteiligt ist, i.S. des § 57 Abs. 3 Satz 1 AO planmäßig zusammenwirken, wenn und solange eine der vorstehend in Bezug genommenen Körperschaften wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigt ist, namentlich durch
 - a) das Erbringen und/oder das Beziehen unentgeltlicher oder entgeltlicher Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Liegenschafts- und Gebäudemanagement, IT-Infrastruktur, Finanz- und Rechnungswesen einschließlich Controlling, Personalwesen (z.B. Personalgewinnung, Vertragswesen, Lohn- und Gehaltsabrechnung), Recht und Steuern, Unternehmenskommunikation und weitere Verwaltungsdienstleistungen,

sowie
 - b) das Erbringen und/oder das Beziehen unentgeltlicher oder entgeltlicher Nutzungsüberlassung von Sachen, Rechten und Kapital.
- [9. Zur Verfolgung ihrer steuerbegünstigten Satzungszwecke darf die Stiftung mit der Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Süd eG (GDW) mit Sitz in Stuttgart (Amtsgericht Stuttgart, GmR 240191) i.S. des § 57 Abs. 3 Satz 1 AO planmäßig zusammenwirken, sofern die GDW Süd im Zeitpunkt des planmäßigen Zusammenwirkens wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigt oder auf Grundlage eines Feststellungsbescheids gemäß § 60a AO zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen berechtigt ist, namentlich durch Bezug von Warenlieferungen und Dienstleistungen im Bereich der Beratung und Beschaffung einschließlich der vorhergehenden Evaluierung, Organisation, Koordination und Abwicklung von Aufträgen.]
- [10. Die Stiftung ist Mitglied im Diakonischen Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V.]

§ 3

Stiftungsvermögen

Das Grundstockvermögen der Stiftung besteht aus:

1. Geschäftsanteilen der im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRB 242620 eingetragenen Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma FEMOS gGmbH mit Sitz in Sindelfingen in Höhe von nominal EUR 1.350.000,00;
2. Geschäftsanteilen der im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRB 240554 eingetragenen Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH mit Sitz in Sindelfingen in Höhe von nominal EUR 15.300.000,00;
3. einem Bankguthaben in Höhe von EUR 50.000,00 (durch Herrn Dr. h.c. Matthias Kleinert gewidmetes Vermögen).

II.

Stiftungsorgane

§ 4

Stiftungsorgane

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Stiftungsrat.

1. Vorstand

§ 5

Zusammensetzung und Amtsdauer des Vorstands

1. Der Vorstand besteht aus bis zu drei Mitgliedern.
2. Dem Vorstand gehören an:
 - a) ein Mitglied, das von der Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (bzw.

von deren Gesamtrechtsnachfolgerin) bestellt wird;

- b) bis zu zwei Mitglieder, die durch den Stiftungsrat jeweils auf die Dauer von sechs Jahren gewählt werden.

Bei Ausscheiden des Mitglieds im Sinne des Satz 1 lit. a) wird sein Nachfolger von der Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (bzw. von deren Gesamtrechtsnachfolgerin) bestellt.

Scheidet ein Mitglied des Vorstands im Sinne des Satz 1 lit. b) aus, so wird sein Nachfolger durch den Stiftungsrat gewählt.

Die erneute Bestellung bzw. Wahl von Mitgliedern, auch mehrfach, ist jeweils zulässig.

Nach Ablauf ihrer Amtszeit führen die Mitglieder des Vorstands im Sinne des Satz 1 lit. b) die Geschäfte bis zur Neuwahl fort.

Das Amt eines Vorstandsmitglieds endet

- a) im Falle des Mitglieds im Sinne des Satz 1 lit. a): durch Abberufung durch die Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (bzw. durch deren Gesamtrechtsnachfolgerin);
 - b) im Falle der Mitglieder im Sinne des Satz 1 lit. b): mit Ablauf ihrer Amtszeit;
 - c) durch Abberufung durch den Stiftungsrat, die nur aus wichtigem Grund möglich ist;
 - d) durch Abberufung durch die Stiftungsbehörde;
 - e) durch Tod;
 - f) durch Amtsniederlegung, die jederzeit unter Einhaltung einer Ankündigungsfrist von einem Monat zulässig und schriftlich gegenüber der Stiftung zu erklären ist.
3. Vorsitzender des Vorstands ist jeweils das von der Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (bzw. von deren Gesamtrechtsnachfolgerin) bestellte Vorstandsmitglied; der Stiftungsrat bestellt ein anderes Vorstandsmitglied zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands. Der stellvertretende Vorsitzende hat die Rechte des Vorsitzenden, wenn dieser verhindert ist oder ihn mit seiner Vertretung beauftragt.
4. Die Bestellung von Mitgliedern des Stiftungsrats zugleich zu Vorstandsmitgliedern ist nicht

zulässig.

5. Die ersten Mitglieder des Vorstandes werden von den Stiftern bestellt. Die Stifter bestimmen auch den ersten Vorsitzenden und den ersten stellvertretenden Vorsitzenden.
6. Die ersten Mitglieder des Vorstands sowie Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstands sind der Stiftungsbehörde von dem Vorstand in seiner neuen Zusammensetzung unverzüglich mitzuteilen.

§ 6

Aufgaben des Vorstands, Haftung

1. Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte, insbesondere die Durchführung der Maßnahmen zur Erfüllung des Stiftungszwecks. Er verwaltet das Stiftungsvermögen und verwendet die Stiftungserträge entsprechend den Gesetzen, der Satzung und den Beschlüssen des Stiftungsrats. Er ist dem Stiftungsrat verantwortlich und an dessen Weisungen gebunden.

Im Rahmen vorstehender Bestimmungen hat der Vorstand insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Wahrnehmung der Gesellschafterrechte in den Gesellschafterversammlungen von Gesellschaften, an denen die Stiftung unmittelbar beteiligt ist;
 - b) Öffentlichkeitsarbeit;
 - c) Einwerben von Spenden und Zustiftungen etc.;
 - d) Zusammenarbeit mit Verbänden, Trägern und öffentlichen Stellen in den jeweiligen Tätigkeitsgebieten der Stiftung;
 - e) Erarbeitung von Vorschlägen über die Verwaltung des Stiftungsvermögens und die Verwendung der Erträge hieraus entsprechend der Stiftungszwecke zur Beschlussfassung durch den Stiftungsrat (vgl. § 11 Absatz 1).
2. Bei seiner Tätigkeit hat der Vorstand darauf zu achten, dass die Steuerbefreiung der Stiftung wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit nicht gefährdet wird.
 3. Die Mitglieder des Vorstands haften der Stiftung für in Wahrnehmung ihrer Organpflichten

verursachte Vermögensschäden nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

4. Die Vornahme der folgenden Maßnahmen und Rechtsgeschäfte durch den Vorstand bedarf der vorherigen Zustimmung (Einwilligung) des Stiftungsrates:
- a) die Bestimmung der strategischen Ausrichtung und der Struktur der Stiftung;
 - b) der Erwerb und die Veräußerung von oder sonstige Verfügung über Beteiligungen an wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigten oder nicht-steuerbegünstigten Gesellschaften sowie die Gründung solcher Gesellschaften;
 - c) der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie bauliche Veränderungen an Grundstücken;
 - d) die Gewährung von Darlehen ab einem Betrag von EUR 100.000,00 im Einzelfall oder EUR 300.000,00 insgesamt in einem Geschäftsjahr, auch solchen im Rahmen einer Fördertätigkeit i.S. des § 58 Nr. 1 AO;
 - e) die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder ähnlicher Haftung für Dritte;
 - f) Geschäfte, die ein Mitglied des Vorstands im Namen der Stiftung und zugleich im Namen eines Dritten abschließt;
 - g) zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte nach Maßgabe der Geschäftsordnung für den Vorstand;
 - h) die Vornahme von Stimmabgaben in Gesellschafterversammlungen oder die Mitwirkung auf andere Weise in von der Stiftung abhängigen Gesellschaften in Bezug auf
 - (i) Geschäfte der in vorstehenden lit. a) bis g) bezeichneten Art,
 - (ii) Kapitalmaßnahmen und sonstige Änderungen des Gesellschaftsvertrags,
 - (iii) Auflösung oder Umstrukturierung, z. B. nach dem Umwandlungsgesetz,
 - (iv) Bestimmung der Einrichtungen und Angebote der abhängigen Gesellschaft,
 - (v) die Bestellung, Abberufung und Entlastung der Geschäftsführer und der Mitglieder anderer Organe,
 - (vi) die Bestimmung der Vergütung für Mitglieder der Organe,
 - (vii) Rechtsgeschäfte und Geschäftsführungsmaßnahmen, die nach der Satzung oder einer Geschäftsordnung einer abhängigen Gesellschaft der Zustimmung der Gesellschafterversammlung dieser Gesellschaft bedürfen,

- (viii) Erteilung von Weisungen gegenüber der Geschäftsführung in Bezug auf Geschäftsführungsmaßnahmen,
- (ix) Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung,
- (x) Billigung der Jahresplanung.

§ 7

Entscheidungen des Vorstands, Sitzungen

1. Der Vorstand entscheidet durch Beschluss. Die Beschlüsse werden in Sitzungen gefasst.
2. Sitzungen des Vorstandes sind abzuhalten, so oft es die Belange der Stiftung erfordern oder wenn ein Vorstandsmitglied die Einberufung verlangt.
3. Die Einberufung erfolgt durch den Vorsitzenden. Sie kann formlos und ohne Einhaltung einer besonderen Einladungsfrist erfolgen. Sitzungen des Vorstands können wahlweise in Form einer reinen Präsenzveranstaltung, als reine Audio- oder Videokonferenz (einschließlich Online-Meeting und virtueller Gesprächskonferenz) oder als hybride Veranstaltung durchgeführt werden. Über die Art der Sitzung entscheidet der Vorstandsvorsitzende.
4. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist oder – im Falle der Ziffer 7 – an der Beschlussfassung mitwirkt.
5. Vorstandsbeschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst; Stimmenthaltungen werden nicht gezählt. Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
6. Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich im Wortlaut niederzulegen und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen. Nicht anwesende Mitglieder sind von den gefassten Beschlüssen schriftlich zu unterrichten.
7. Auf Anordnung des Vorsitzenden können Beschlüsse auch im Wege der schriftlichen Umfrage, der telefonischen Umfrage oder der Umfrage per E-Mail gefasst werden, wenn kein Vorstandsmitglied widerspricht. Wird eine schriftliche Abstimmung oder eine Abstimmung per E-Mail durchgeführt, so ist in der vom Vorsitzenden den übrigen Vorstandsmitgliedern zuzuleitenden Aufforderung zur Stimmabgabe eine angemessene Frist für die Stimmabgabe bzw. die Erklärung des Widerspruchs festzulegen. Vorstandsmitglieder, die nicht fristgemäß ihre Stimme abgeben oder der Beschlussfassung widersprechen, können an der Beschlussfassung nicht mitwirken bzw. ihr Widerspruch bleibt unbeachtet. Auf diesen

Umstand ist in der Aufforderung hinzuweisen. Das Ergebnis der Abstimmung ist allen Vorstandsmitgliedern schriftlich mitzuteilen.

§ 8

Vertretung der Stiftung nach außen

1. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so vertritt es die Stiftung allein. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so wird die Stiftung durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten.
2. Durch Beschluss des Stiftungsrats kann die Vertretung abweichend geregelt werden, insbesondere kann Einzel- statt Gesamtvertretung oder umgekehrt angeordnet werden. Die Vorstandsmitglieder können für Rechtsgeschäfte mit anderen wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigten Körperschaften von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.

§ 9

Vergütung der Vorstandsmitglieder

1. Den Vorstandsmitgliedern kann für ihre Tätigkeit eine dem Grunde und der Höhe nach angemessene Vergütung gewährt werden. In jedem Falle haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Ersatz der ihnen nachweislich im Zusammenhang mit ihrer Organtätigkeit entstandenen Aufwendungen und Auslagen, soweit diese dem Grunde und der Höhe nach angemessen sind. Ein pauschaler Aufwendersatz nach Maßgabe gesetzlicher Vorschriften ist zulässig. Eine etwaige Umsatzsteuer wird zusätzlich bezahlt.
2. Die Festsetzung von Vergütungen erfolgt durch den Stiftungsrat. Reisekosten werden nach einer vom Stiftungsrat zu beschließenden Reisekostenordnung vergütet.

2. Stiftungsrat

§ 10

Zusammensetzung und Amtsdauer des Stiftungsrats

1. Der Stiftungsrat besteht aus mindestens fünf und höchstens acht Mitgliedern. Die Mitglieder

des Stiftungsrats sollen Persönlichkeiten sein, die nach Können und Erfahrung in der Lage sind, die dem Stiftungsrat übertragenen Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen.

2. Bis zu drei, aber weniger als die Hälfte der Mitglieder des Stiftungsrates werden benannt durch die ehemaligen Gesellschafter der Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Sindelfingen, namentlich
 - a) Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen e.V. Ortsverein Böblingen und Umgebung, Sitz Böblingen,
 - b) Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung e.V. Ortsvereinigung Calw, Sitz Calw
 - c) Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Herrenberg und Umgebung e.V., Sitz Herrenberg
 - d) Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Ortsvereinigung Oberes Nagoldtal e.V., Sitz Nagold
 - e) Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Ortsvereinigung Sindelfingen e.V., Sitz Sindelfingen
 - f) Verein für Menschen mit Behinderung im Kreis Böblingen e.V., Sitz Sindelfingen
 - g) Fortis e.V., Sitz Böblingen
 - h) Atrio Leonberg e.V., Sitz Leonberg
 - i) Landkreis Böblingen
 - j) Landkreis Calw
 - k) Stadt Böblingen
 - l) Stadt Calw
 - m) Stadt Herrenberg
 - n) Stadt Leonberg
 - o) Stadt Sindelfingen
 - p) Arbeitskreis offene Psychiatrie Calw e.V., Sitz Calw

q) Stadt Nagold.

Die vorgenannten ehemaligen Gesellschafter haben die von ihnen zu benennenden Mitglieder des Stiftungsrates einvernehmlich zu benennen. Die Benennung ist durch einen gemeinsamen Bevollmächtigten der ehemaligen Gesellschafter gegenüber der Stiftung zu erklären. Die übrigen Mitglieder des Stiftungsrates werden durch den Rat selbst gewählt. Sie dürfen nicht als Organe oder Mitarbeiter oder in sonstiger Weise für einen der vorgenannten ehemaligen Gesellschafter tätig sein oder in den letzten zwei Jahren vor ihrer Bestellung tätig gewesen sein.

3. Die Wahlperiode der Mitglieder des Stiftungsrates beträgt sechs Jahre. Eine Wiederwahl, auch mehrfach, ist zulässig.
4. Das Amt eines Mitglieds des Stiftungsrats endet durch
 - a) Ablauf seiner Amtszeit,
 - b) Abberufung durch die Stiftungsbehörde;
 - c) Tod;
 - d) Amtsniederlegung; sie ist jederzeit zulässig und schriftlich gegenüber der Stiftung zu erklären. Ein Mitglied ist zur Niederlegung seines Amtes verpflichtet, wenn es infolge Krankheit oder aus anderen Gründen für längere Zeit an der ordnungsgemäßen Ausübung seines Amtes verhindert ist. Kommt ein Mitglied der Pflicht zur Niederlegung seines Amtes in den genannten Fällen nicht nach, so endet sein Amt durch Beschluss der übrigen Mitglieder des Stiftungsrats, mit dem die Verhinderung an der Amtsführung festgestellt wird;
 - e) Vollendung des 80. Lebensjahres

§ 11

Aufgaben des Stiftungsrates, Haftung

1. Dem Stiftungsrat obliegt die Überwachung des Vorstands sowie die Entscheidung über die Verwaltung des Stiftungsvermögens und die Verwendung der Erträge hieraus entsprechend dem Stiftungszweck. Er entscheidet im Rahmen des § 5 über die Bestellung der Vorstandsmitglieder und nimmt alle ihm sonst in dieser Satzung übertragenen Aufgaben wahr.

2. Der Stiftungsrat soll nur dann Zuwendungen gewähren, wenn ihm glaubhaft gemacht ist, dass wegen seiner Zuwendungen öffentliche Mittel oder Zuwendungen Dritter nicht gekürzt oder versagt werden.
3. Bei seiner Tätigkeit hat der Stiftungsrat darauf zu achten, dass die Steuerbefreiung der Stiftung nicht gefährdet wird.
4. Die Mitglieder des Stiftungsrats haften der Stiftung für in Wahrnehmung ihrer Organpflichten verursachte Vermögensschäden nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

§ 12

Organisation des Stiftungsrats

1. Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter jeweils für eine von ihm bei der Wahl festzulegende Amtszeit.
2. Scheidet der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter aus seinem Amt aus, so hat der Stiftungsrat unverzüglich eine Neuwahl vorzunehmen.
3. Der Vorsitzende vertritt den Stiftungsrat bei der Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen.
4. Der Stellvertreter hat die Rechte des Vorsitzenden, wenn dieser verhindert ist oder ihn mit seiner Vertretung ermächtigt.

§ 13

Entscheidungen des Stiftungsrats, Sitzungen

1. Der Stiftungsrat entscheidet durch Beschluss. Die Beschlüsse werden in Sitzungen gefasst.
2. Sitzungen des Stiftungsrats sind abzuhalten, so oft es die Belange der Stiftung erfordern oder wenn ein Mitglied des Stiftungsrats oder des Vorstands die Einberufung verlangt, mindestens jedoch einmal pro Kalenderhalbjahr. Auf Anordnung des Stiftungsrats sind die Vorstandsmitglieder zur Teilnahme an den Sitzungen des Stiftungsrats verpflichtet.
3. Die Einberufung des Stiftungsrats erfolgt durch schriftliche Einladung seiner Mitglieder

durch den Vorsitzenden des Stiftungsrats, seinen Stellvertreter oder ein Vorstandsmitglied unter Angabe der Tagesordnung. Zwischen der Aufgabe des Briefes zur Post und dem Sitzungstag muss eine Frist von mindestens vierzehn Tagen liegen. Sitzungen des Stiftungsrats können wahlweise in Form einer reinen Präsenzveranstaltung, als reine Audio- oder Videokonferenz (einschließlich Online-Meeting und virtueller Gesprächskonferenz) oder als hybride Veranstaltung durchgeführt werden. Über die Art der Sitzung entscheidet der Vorsitzende des Stiftungsrats.

4. Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind oder – im Falle des Absatzes 8 – an der Beschlussfassung mitwirken.
5. Die Beschlüsse des Stiftungsrats werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, soweit nicht in dieser Satzung oder durch Gesetz zwingend eine größere Mehrheit vorgeschrieben ist; Stimmenthaltungen werden nicht gezählt. Jedes Stiftungsratsmitglied hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
6. Für folgende Maßnahmen ist die Zustimmung aller Mitglieder des Stiftungsrats erforderlich:
 - a) Entnahmen aus dem Stiftungsvermögen (§ 15 Absatz 1);
 - b) Zweck- und sonstige Satzungsänderungen (§ 17);
 - c) Auflösung der Stiftung (§ 17);
 - d) Zulegung oder Zusammenlegung (§ 17).
7. Die Beschlüsse des Stiftungsrats sind im Wortlaut schriftlich niederzulegen und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen. Nicht anwesende Mitglieder sind von den gefassten Beschlüssen schriftlich zu unterrichten.
8. Auf Anordnung des Vorsitzenden des Stiftungsrats können Beschlüsse auch im Wege der schriftlichen Umfrage, der Umfrage per E-Mail oder der telefonischen Umfrage gefasst werden, wenn kein Mitglied des Stiftungsrats widerspricht. Dies gilt nicht für Beschlüsse nach Ziffer 6. Wird eine schriftliche Abstimmung oder eine Abstimmung per E-Mail durchgeführt, so ist in der vom Vorsitzenden den übrigen Mitgliedern des Stiftungsrates zuzuleitenden Aufforderung zur Stimmabgabe eine angemessene Frist für die Stimmabgabe bzw. die Erklärung des Widerspruchs festzulegen. Mitglieder des Stiftungsrats, die nicht fristgemäß ihre Stimme abgeben oder der Beschlussfassung widersprechen, können an der

Beschlussfassung nicht mitwirken bzw. ihr Widerspruch bleibt unbeachtet. Auf diesen Umstand ist in der Aufforderung hinzuweisen. Das Ergebnis der Abstimmung ist allen Mitgliedern des Stiftungsrates schriftlich mitzuteilen.

§ 14

Auslagenersatz, Vergütung

1. Jedes Mitglied des Stiftungsrats hat Anspruch auf Ersatz der der ihm nachweislich im Zusammenhang mit seiner Organtätigkeit entstandenen Aufwendungen und Auslagen, soweit diese dem Grunde und der Höhe nach angemessen sind. Ein pauschaler Aufwendungsersatz nach Maßgabe gesetzlicher Vorschriften ist zulässig. Reisekosten werden nach der Reisekostenordnung (§ 9 Abs. 2) vergütet.
2. Der Stiftungsrat kann für die Stiftungsratsmitglieder durch einstimmigen Beschluss eine dem Grunde und der Höhe nach angemessene Vergütung festsetzen.
3. Eine etwaige Umsatzsteuer wird zusätzlich bezahlt.

III.

Verwaltung des Stiftungsvermögens, Geschäftsjahr und Rechnungslegung

§ 15

Verwaltung des Stiftungsvermögens

1. Das Vermögen der Stiftung besteht aus
 - a) dem Grundstockvermögen, d.h. der Erstausrüstung (gewidmetes Vermögen, Errichtungskapital), späteren Zustiftungen (Zustiftungskapital) sowie in das Grundstockvermögen überführte Mittel,

sowie
 - b) sonstigem Vermögen.

Zum sonstigen Vermögen gehören u.a. die zeitnah zu verwendenden Mittel sowie die Mittel, die die Stiftung in die Kapitalrücklage einstellt.

2. Das Grundstockvermögen ist ungeschmälert zu erhalten. Vorbehaltlich der Ziffer 7 und vorbehaltlich abweichender Vorgaben eines Zuwendenden anlässlich einer Zuwendung in das Grundstockvermögen ist die Erhaltung des Nominalwerts [Realwerts] anzustreben. Das Grundstockvermögen darf in einzelnen Jahren mit vorheriger Zustimmung durch die Stiftungsbehörde in Höhe von höchstens fünfzehn Prozent vorübergehend verbraucht werden, sofern dies nach Auffassung der Stiftungsorgane zur Verwirklichung der Satzungszwecke erforderlich ist; die Wiederauffüllung des Grundstockvermögens hat innerhalb absehbarer Zeit zu erfolgen.
3. Das Stiftungsvermögen ist entsprechend den für wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigte Einrichtungen geltenden steuerlichen und sonstigen Vorschriften und im Übrigen nach Maßgabe dieser Satzung sowie den Weisungen des Stiftungsrats getrennt von anderem Vermögen zu verwalten.
4. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für ihre satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Erträge des Stiftungsvermögens sowie Spenden sind – vorbehaltlich Ziffer 3 – zeitnah zur Erfüllung der Stiftungszwecke zu verwenden. Bei Zuwendungen kann der Zuwendende eine Zuführung zum Grundstockvermögen vorsehen (sog. "Zustiftungen") oder bestimmen, dass die Zuwendung weder zeitnah verwendet noch in ihrem Bestand erhalten werden muss. Die jeweiligen gesetzlichen Ausnahmen von der Verpflichtung zur zeitnahen Mittelverwendung bleiben unberührt. Zuwendungen an die Stiftung können mit Auflagen verbunden werden, die jedoch die Steuerbegünstigung der Stiftung wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit nicht beeinträchtigen dürfen.
5. Die Stiftung ist berechtigt
 - a) in dem jeweils für die Steuervergünstigung unschädlichen Umfang den Überschuss der Erträge über den Aufwand aus Vermögensverwaltung und darüber hinaus in dem jeweils für die Steuervergünstigung unschädlichen Umfang sonstige zeitnah zu verwendenden Mittel einer freien Rücklage zuzuführen;
 - b) in dem jeweils für die Steuervergünstigung unschädlichen Umfang ihre Mittel einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen, wenn und solange dies erforderlich ist, damit die Stiftung ihre Zwecke nachhaltig erfüllen kann, insbesondere zur Finanzierung konkreter langfristiger Förderungsvorhaben; der Verwendungszweck ist bei der Rücklagenbildung oder -zuführung vom Stiftungsrat zu bestimmen.
6. Die Stiftung darf Beteiligungen an wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigten Kapitalgesellschaften unentgeltlich oder entgeltlich erwerben, sofern eine

Gesellschaft nach ihrer Satzung mindestens einen Zweck verfolgt, der zugleich Satzungszweck der Stiftung ist.

7. Vorbehaltlich abweichender Vorgaben des Zuwendenden anlässlich einer Zuwendung und vorbehaltlich der nachstehenden Sätze darf das Vermögen der Stiftung, auch das Grundstockvermögen, umgeschichtet werden.
 - a) Die Geschäftsanteile der Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW) mit Sitz in Sindelfingen (Amtsgericht Stuttgart, HRB 240554) darf die Stiftung nicht abtreten; diese Geschäftsanteile sind gegenständlich zu erhalten. Dessen ungeachtet darf die Stiftung ihre Gesellschafterrechte in der GWW dahingehend ausüben, dass die GWW steuerbegünstigte operative Tätigkeiten und hierfür benötigtes Vermögen auf eine Gesellschaft ausgründet, die wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigt und deren Alleingesellschafterin die Stiftung ist, wobei die Beteiligung der GWW an jener Gesellschaft **im Grundsatz** gegenständlich zu erhalten ist **und nur abgetreten werden darf, wenn eine Abtretung nach Einschätzung der zuständigen Organe der GWW zur Vermeidung von Nachteilen für die Gesellschaft oder den Unternehmensverbund angezeigt ist**.
 - b) Die Geschäftsanteile der FEMOS gGmbH mit Sitz in Sindelfingen (Amtsgericht Stuttgart, HRB 242620) darf die Stiftung an die Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW) mit Sitz in Sindelfingen (Amtsgericht Stuttgart, HRB 240554) unentgeltlich oder entgeltlich mit der Maßgabe abtreten, dass die GWW die Geschäftsanteile im Grundsatz gegenständlich zu erhalten hat, aber abtreten darf, wenn eine Abtretung nach Einschätzung der zuständigen Organe der GWW zur Vermeidung von Nachteilen für die Gesellschaft oder den Unternehmensverbund angezeigt ist; bei Abtretung sind Buchstabe b sowie § 3 Ziffer 1 zu streichen.
 - c) Beteiligungen an anderen wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigten Kapitalgesellschaften dürfen vorbehaltlich abweichender Vorgaben des Zuwendenden anlässlich einer Zuwendung entgeltlich oder im Rahmen des stiftungs- und gemeinnützigkeitsrechtlich Zulässigen unentgeltlich oder verbilligt abgetreten werden, sofern die Stiftungsorgane dies für zweckmäßig erachten und der Vorstand sowie der Stiftungsrat einer Abtretung mit jeweils einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zustimmen; gehört eine solche Beteiligung zum Grundstockvermögen der Stiftung, ist das Gebot der Werterhaltung in der für die abzutretende Beteiligung maßgeblichen Ausgestaltung einzuhalten.
8. Gewinne aus Umschichtungen des Grundstockvermögens sind in eine Umschichtungsrück-

lage einzustellen und mit etwaigen Verlusten aus derartigen Umschichtungen zu saldieren. Die Stiftung kann einen positiven Saldo der Umschichtungsrücklage nach dem Ermessen der Stiftungsorgane im Rahmen des stiftungs- und gemeinnützigkeitsrechtlich Zulässigen dem Grundstockvermögen zuführen, für die Verfolgung der Satzungszwecke und zur Deckung der laufenden Verwaltungskosten verwenden oder – auch dauerhaft – in der Umschichtungsrücklage stehenlassen.

9. Vorbehaltlich besonderer Vorgaben eines Zuwendenden darf die Stiftung in die Kapitalrücklage eingestellte Beträge nach dem Ermessen der Stiftungsorgane im Rahmen des stiftungs- und gemeinnützigkeitsrechtlich Zulässigen dem Grundstockvermögen zuführen, für die Verfolgung der Satzungszwecke und zur Deckung der laufenden Verwaltungskosten verwenden oder – auch dauerhaft – in der Kapitalrücklage stehenlassen.
10. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Stifter sowie deren Gesamtrechtsnachfolger erhalten Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung nur unter der Voraussetzung, dass sie im Zeitpunkt einer Zuwendung wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigt oder zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen berechtigt sind.
11. Die Stiftung darf als rechtliche Trägerin von Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit fungieren, sofern deren Stiftungszweck mindestens einem Zweck der Stiftung gemäß § 2 Ziffer 2 dieser Satzung entspricht. Das Vermögen von Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit wird getrennt vom Vermögen der Stiftung und nach Weisung der Stifter der jeweiligen Stiftung ohne Rechtspersönlichkeit verwaltet.

§ 16

Geschäftsjahr, Rechnungslegung

1. Das Geschäftsjahr der Stiftung ist das Kalenderjahr.
2. Der Vorstand hat für eine ordnungsmäßige Aufzeichnung des Vermögens sowie der Einnahmen und Ausgaben der Stiftung zu sorgen. Rechtzeitig vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres hat der Vorstand dem Stiftungsrat einen Wirtschaftsplan für das kommende Geschäftsjahr zur Genehmigung vorzulegen.
3. Auf den Schluss eines jeden Geschäftsjahres hat der Vorstand eine Jahresrechnung mit einer Vermögensübersicht oder auf Beschluss des Stiftungsrates einen Jahresabschluss nach

handelsrechtlichen Grundsätzen sowie einen Geschäftsbericht zu erstellen. Der Stiftungsrat kann jederzeit anordnen, dass die Jahresrechnung bzw. der Jahresabschluss durch einen von ihm bestimmten Wirtschaftsprüfer oder eine von ihm bestimmte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft prüfen zu lassen ist.

4. Die Jahresrechnung einschließlich Vermögensübersicht bzw. der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht sind mit dem etwaigen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers dem Stiftungsrat zur Feststellung und innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Ende des Geschäftsjahres der Stiftungsbehörde vorzulegen.
5. Der Vorstand hat die Empfänger von Zuwendungen, soweit zumutbar, bei der Hergabe der Zuwendungen zu verpflichten, der Stiftung die bestimmungsgemäße Verwendung der Zuwendung nachzuweisen. Bei laufenden Zuwendungen ist der Nachweis mindestens einmal im Jahr zu führen.
6. Der Stiftungsrat beschließt über die Entlastung des Vorstands.

IV.

Satzungsänderungen, Beendigung der Stiftung, Vermögensanfall

§ 17

Satzungsänderungen, Beendigung der Stiftung

1. Beschränkungen der Satzungszwecke (§ 2 Ziffer 2) sowie Beschränkungen der Art der Zweckverwirklichung durch die Stiftungsorgane sind zulässig, wenn sich die Verhältnisse nach Errichtung der Stiftung derart geändert haben, dass die dauernde und nachhaltige Erfüllung der bisherigen Stiftungszwecke nicht mehr sinnvoll erscheint. Eine Satzungsänderung, durch die die Stiftung in eine Verbrauchsstiftung umgestaltet wird, ist ausgeschlossen.
2. Beschränkungen und der Austausch von Satzungszwecken sowie die Erweiterung um neue Satzungszwecke sind zulässig, soweit eine oder mehrere mit der Stiftung verbundene wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigte Gesellschaften ihre Satzungszwecke ändern, und zwar vor dem Hintergrund des § 2 Ziffer 5 mit der Maßgabe, dass eine vollständige Synchronität mit den in § 2 Ziffer 2 aufgeführten Satzungszwecken erreicht wird. Neue Satzungszwecke müssen einen inhaltlichen Bezug zur Förderung der Hilfe für Menschen mit Behinderung und Nachteilen haben.
3. Die Stiftung darf ihre Satzungszwecke (§ 2 Ziffer 2) sowie die Art ihrer Verwirklichung an

Änderungen im Sozialrecht anpassen, soweit die Änderungen den Aufgabenkreis der Stiftung berühren. Sofern beispielsweise die Finanzierung von Projekten nach Errichtung der Stiftung nicht mehr ausschließlich institutionell greift, sondern auch auf die persönliche Förderung einzelner Menschen abstellt, darf die Stiftung den Katalog der Zweckverwirklichungsmaßnahmen in § 2 Ziffer 3 um operative Tätigkeiten erweitern und die Satzung im Übrigen entsprechend anpassen.]

- [4. Die Erweiterung um neue Satzungszwecke und/oder um neue Zweckverwirklichungsmaßnahmen ist zulässig bei Zustiftungen in das Grundstockvermögen, deren Wert EUR [••] (in Worten: Euro [••]) übersteigt. Neue Satzungszwecke und neue Zweckverwirklichungsmaßnahmen müssen einen inhaltlichen Bezug zur Förderung der Hilfe für Menschen mit Behinderung und Nachteilen haben. Der Austausch von Stiftungszwecken ist insoweit ausgeschlossen; Ziffer 2 bleibt unberührt.]
5. Änderungen der Binnenverfassung der Stiftung, z.B. die Einführung neuer Organe oder Änderungen in der Anzahl der Mitglieder eines Organs sowie hinsichtlich der Vergütung der Organmitglieder, sind zulässig, soweit sie zur Anpassung an veränderte Verhältnisse zweckmäßig erscheinen, etwa um die Bereitschaft zur Ausübung einer Organfunktion in der Stiftung zu erhöhen.
6. Sonstige Satzungsänderungen sind zulässig, soweit sie zur Anpassung an veränderte Verhältnisse zweckmäßig erscheinen und der besseren Zweckverwirklichung dienen. Die Satzungsbestimmungen über den Namen und über die Art der Zweckverfolgung sind nicht prägend, vorbehaltlich des Satzes [• 3 •] ebenso die Satzungsbestimmungen über die Verwaltung des Grundstockvermögens. Die Bestimmungen in § 15 Ziffer 7 Buchst. a und Buchst. b sind unabänderlich. Die Satzungsbestimmungen über den Sitz der Stiftung sowie über die Zusammensetzung und Aufgaben der Stiftungsorgane sind prägend.
7. Eine Satzungsänderung darf die Steuerbegünstigung der Stiftung wegen Verfolgung gemeinnütziger und/oder mildtätiger Zwecke nicht beeinträchtigen.
8. Die Beendigung der Stiftung durch Organbeschluss (Auflösung) oder durch stiftungsbehördliche Verfügung (Aufhebung) ist (nur) zulässig, wenn
 - [a)] sowohl die Stiftung als auch die mit ihr verbundenen wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigten Gesellschaften keine substantielle eigene operative oder fördernde steuerbegünstigte Tätigkeit mehr ausüben

[und

- b) die Stiftung ihre Satzungszwecke durch eigene operative Tätigkeit i.S. des § 2 Ziffer 3 auch nach einer Satzungsänderung nach Maßgabe der Ziffer 1 nicht mehr dauernd und nachhaltig erfüllen kann].

[Unter den gesetzlichen Voraussetzungen] [Alternative: Im Fall des Satzes 1] ist die Zulegung auf eine andere wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigte rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts oder die Zusammenlegung zu einer neuen wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigten rechtsfähigen Stiftung bürgerlichen Rechts zulässig und gegenüber einer Auflösung oder Aufhebung vorrangig.] [Alternativ: Eine Zulegung auf eine andere Stiftung sowie die Zusammenlegung zu einer neuen Stiftung sind ausgeschlossen.]

9. Maßnahmen nach vorstehenden Ziffern bedürfen der Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Stiftungsrats (§ 13 Ziffer 6 Buchst. b) sowie der Zustimmung durch den Vorstand nach Maßgabe des § 7 Ziffer 5.
10. Beschlüsse nach Maßgabe der vorstehenden Ziffern dürfen nur nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Stiftungsbehörde und, soweit sich die Satzungs- oder Strukturänderung auf die Steuerbegünstigung der Stiftung wegen Verfolgung gemeinnütziger und/oder mildtätiger Zwecke auswirken könnte, nur nach vorheriger Zustimmung des für die Stiftung zuständigen Finanzamts gefasst werden.
11. Die gesetzlichen Pflichten zur Genehmigung und Anzeige von Maßnahmen im Sinne der vorstehenden Absätze durch bzw. an Behörden, insbesondere die Stiftungsbehörde und das Finanzamt, sind zu beachten.

§ 18 Vermögensanfall

- [1.] Bei Auflösung oder Aufhebung der Stiftung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt ihr Vermögen an eine oder mehrere andere nach Maßgabe des § 17 Ziffer 9 zu bestimmende wegen Gemeinnützigkeit und/oder Mildtätigkeit steuerbegünstigte Körperschaften, die es ausschließlich und unmittelbar für die Förderung der Hilfe für Menschen mit Behinderung und Nachteilen [sowie für Mildtätigkeit] zu verwenden haben.
- [2.] Bei einer Zulegung oder Zusammenlegung (§ 17 Ziffer 8 Satz 2) fällt das Vermögen der Stiftung an die übernehmende bzw. an die neu entstehende (steuerbegünstigte) rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts, die es ausschließlich und unmittelbar für die Förderung der

Hilfe für Menschen mit Behinderung und Nachteilen [sowie für Mildtätigkeit] zu verwenden hat.]

V. Schlussbestimmungen

§ 19 Stiftungsbehörde

Stiftungsbehörde ist das Regierungspräsidium Stuttgart. § 20 Ergänzende Bestimmungen

Ergänzend gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Stiftungsgesetzes Baden-Württemberg in ihrer jeweiligen Fassung.

§ 21 Inkrafttreten

Die Stiftungssatzung tritt mit Anerkennung durch die Stiftungsbehörde in Kraft.

— — —